



„Fit-for-55“-Paket – Maßnahmen zum Erreichen der Klimaziele

Im Dezember 2019 legte die Kommission den Europäischen Green Deal vor, mit dem sie die Vision einer klimaneutralen EU bis 2050 darlegte. Die biologische Vielfalt soll damit geschützt, eine Kreislaufwirtschaft etabliert und die Umweltverschmutzung beseitigt werden. Gleichzeitig soll die europäische Wirtschaft gestärkt und ein sozial gerechter Übergang für betroffene Regionen und ArbeitnehmerInnen erreicht werden. Am Mittwoch wird die EU-Kommission mit dem „Fit-for-55“-Paket konkrete Maßnahmenvorschläge zur Umsetzung des Green Deals und der Vision der EU von einer Reduktion der Netto-Treibhausgasemissionen um 55 % bis 2030 vorlegen. Bis 2050 soll der Kontinent klimaneutral sein, also nicht mehr CO₂ ausstoßen, als er absorbieren kann.

Nicht nur die aktuellen Wetterphänomene und Klimaveränderungen der letzten Jahre verdeutlichen die Wichtigkeit dieser Ziele. Die aktuelle Eurobarometer-Umfrage bestätigt, dass der Klimawandel nach Ansicht der europäischen BürgerInnen das schwerwiegendste Problem ist, vor dem die Welt steht. Mehr als neun von zehn Befragten halten den Klimawandel für ein ernstes Problem (93 %), wobei fast acht von zehn (78 %) ihn als sehr ernst erachten. Das vorliegende Paket wird nun mit den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament verhandelt. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) wird bereits im Herbst seine Position dazu abgeben. Der gesamte Gesetzgebungsprozess wird aus heutiger Sicht wohl zwei Jahre andauern.

Konkret wird die EU-Kommission am 14. Juli den ersten Teil des Pakets vorlegen. Insgesamt zwölf Initiativen zu nachhaltigem Verkehr, sauberem Heizen/Kühlen, der Einrichtung eines Sozialfonds für einkommensschwache Haushalte, dem Schutz der Industrie durch einen sog. CO₂-Grenzabgabemechanismus, der Besteuerung des bisher steuerfreien Flugzeugtreibstoffs und der Aufforstung – 3 Milliarden neue Bäume sind eingeplant.

„Wir erwarten das Paket mit großem Interesse und werden es genau prüfen. Zur Umsetzung brauchen wir jedenfalls eine gemeinsame Kraftanstrengung und die Einbeziehung der Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen. Die ArbeitnehmerInnen dürfen nicht auf der Strecke bleiben“, stellt Thomas Kattinig, Mitglied des Bundespräsidiums der younion _ Die Daseinsgewerkschaft in einer ersten Reaktion fest.

Klima- und naturverträgliche Konjunkturpakete können wichtige Konjunkturimpulse zur Überwindung der durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten Rezession setzen und müssen gute und faire Arbeitsplätze schaffen. Das ist allerdings kein Selbstläufer. Green Jobs müssen daher qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen entsprechen.

Außerdem ist es von zentraler Bedeutung, dass bei klima- und energiepolitischen Maßnahmen die verteilungspolitischen Auswirkungen berücksichtigt werden. Daher sagen wir nein zur Einbeziehung von Heiz- und Treibstoffen für Raumwärme und Personenverkehr in ein Emissionshandelssystem. Denn die Beachtung sozialer Aspekte und eine gerechte Verteilung der Kosten und des Nutzens sind entscheidend, um die Klimakrise zu bewältigen. Die Einrichtung eines Sozialfonds für

einkommensschwache Haushalte wird daher grundsätzlich begrüßt. Die Energiewende kann nämlich nur dann gelingen, wenn die Entstehung einer Zwei-Klassen-Energiegesellschaft verhindert wird.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das Grundbedürfnis auf Mobilität und ein damit einhergehender Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Wo öffentlicher Verkehr nicht in ausreichender Qualität zur Verfügung steht, brauchen steigende Kosten der Individualmobilität einen sozialen Ausgleich. Zur Verbesserung des multimodalen Verkehrs empfehlen wir neben der technischen Innovation eine vollständige Internalisierung der externen Kosten für alle Verkehrsträger. Denn die Nichtberücksichtigung aller externen Kosten verursacht massiven wirtschaftlichen Schaden und verzerrt den Wettbewerb. Solange unimodale Verkehrsträger, insbesondere der Straßen- und Luftverkehr, ihre externen Kosten nicht decken und durch Sozialdumping Vorteile erlangen, sind ein stärkerer Rechtsrahmen und Subventionen erforderlich.

Ein weiterer Schlüssel zum Erfolg wird dabei die Aus- und Weiterbildung sein. Kattinig: „Wir müssen vehement in die praxisorientierte Aus- und Weiterbildung investieren, um aktuelle Belegschaften und die Fachkräfte von morgen bestmöglich auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten. Der Umbau der Wirtschaft kann nur mit einem sozial gerechten Übergang für alle funktionieren.“

Die Finanzierung des Green Deal und des ökologischen Wandels erfolgt über verschiedene Fördertöpfe der EU

Just Transition Mechanismus: 100 Milliarden Euro im Zeitraum 2021-2027 in den am stärksten betroffenen Regionen

Just Transition Fonds: 7,5 Milliarden Euro. Die Mitgliedstaaten müssen sich verpflichten, jeden Euro aus dem Fonds für einen gerechten Übergang durch Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds Plus zu ergänzen und zusätzliche nationale Mittel bereitzustellen. Insgesamt werden dadurch Mittel in Höhe von 30 bis 50 Milliarden Euro zusammenkommen, wodurch wiederum zusätzliche Investitionen mobilisiert werden.

InvestEU: Investitionen in Höhe von bis zu 45 Milliarden Euro.

EU-Haushalt: Darlehensfazilität bei der Europäischen Investitionsbank für den öffentlichen Sektor zur Mobilisierung von Investitionen in Höhe von 25 bis 30 Milliarden Euro.

NextGenerationEU: 30 % der Mittel müssen für Klimaschutz und in klimarelevante Projekte investiert werden.

Für mehr Information siehe [hier](#), [hier](#) und [hier](#).

Wir werden das „Fit-for-55“-Paket nach dessen Vorlage genauer analysieren. Die Ergebnisse dieser Analyse werden im September im Rahmen dieses Infomailings präsentiert.

Rückfragen:

**yunion _ Die Daseinsgewerkschaft
Internationales, EU und Daseinsvorsorge**

**Thomas Kattinig
Mitglied Bundespräsidium**

thomas.kattinig@yunion.at

www.yunion.at

<https://www.facebook.com/yunion.at/>

https://twitter.com/yunion_at

Quellen:

Europäische Kommission, Europäisches Parlament;